

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/230

3. Dezember 1974

Ein halbes Jahr ohne Regierung ?

Professor Carstens verblüffte wieder einmal die
Öffentlichkeit

Von Marie Schlei MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 1 / 27 Zeilen

SPD verstärkt ihre Arbeit an der Basis

Wichtige Beschlüsse des Bezirksparteitages Franken

Von Bruno Friedrich MdB
Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken und Mitglied des
SPD-Bundesvorstandes

Seite 2 bis 4 / 98 Zeilen

Mit Atomhysterie ist niemandem gedient

Am Bau von Kernkraftwerken führt kein Weg vorbei

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Ausschusses für Forschung, Technologie
und Energie des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 72 Zeilen

Was sagt eigentlich Hildegard Hamm-Brücher ?

Anmerkungen zu den Koalitionsproblemen in Hessen

Von Rudi Walther MdB
Mitglied des Landesvorstandes der hessischen SPD

Seite 7 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 945 - 48 ppsnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

Ein halbes Jahr ohne Regierung?

Professor Carstens verblöfft wieder einmal die Öffentlichkeit

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Volljurist Professor Dr. Karl Carstens, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, hat sich erst kürzlich auf juristisches Schlattels begeben, als er wohlwollend zu Überlegen gab, es Häftlingen der kriminellen Baader-Meinhof-Vereinigung doch ruhig zu gestatten, durch allmählichen Selbstmord sich dem rechtmäßigen Richter zu entziehen. Nun hat Volljurist Carstens einen neuen Volltreffer gelandet.

Beim Treffpunkt Ratakeller in Berlin hat er laut Agenturmeldungen folgenden Satz gesagt: "Das beste Mittel gegen die Misere ist der schnellstmögliche Rücktritt der derzeitigen Regierung." Oppositionsführer müssen so etwas wohl sagen, für das sind sie von der Fraktion gewählt. Erstaunlich daran ist nur, daß der gleiche Oppositionsführer stets und ständig Fragen danach abwehrt, wer denn eigentlich der Kanzlerkandidat der Opposition sei.

In dieser Abwehr berechtigter Fragen fühlt Carstens sich einig mit allen führenden CDU-Politikern. Sie werden nicht müde, uns in Aussicht zu stellen, daß CDU und CSU sich im Juni 1975 mit der Frage eines gemeinsamen Kanzler-Kandidaten befassen werden.

Behält man dieses für die Opposition typische Zögern im Auge, dann wird deutlich, mit wie viel Zungen Karl Carstens spricht. Er fordert zwar den schnellstmöglichen Rücktritt der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, sieht sich aber vor Juni nächsten Jahres nicht im Stande, auch nur einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers zu benennen.

Die Bundesrepublik also ein halbes Jahr ohne Regierung? So muß sich der politische Beobachter fragen. Professor Carstens hat sich im Berliner Ratakeller eine bemerkenswerte Fehlleistung geleistet. Wann die nächste wohl kommt? (-/3.12.1974/bgy/pr)

+ + +

SPD verstärkt ihre Arbeit an der Basis

Wichtige Beschlüsse des Bezirksparteitages Franken

Von Bruno Friedrich MdB

Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Beschlüsse zur politischen Situation, zur Straffung der Organisationsarbeit und der Betriebsarbeit sowie die Annahme kommunalpolitischer Richtlinien waren in Bamberg das Ergebnis des fränkischen Bezirksparteitages, der sich als erster Bezirksparteitag der SPD mit den Wahlniederlagen des Jahres 1974 befaßt hat.

Im Hauptreferat habe ich als Bezirksvorsitzender die Partei aufgefordert, sich nicht in die Alternative Reformpartei oder Regierungspartei drängen zu lassen. Der demokratische Sozialismus muß jetzt den Beweis erbringen, daß er über mehrere Perioden regierungsfähig ist. Im Gegensatz zu den Konservativen, die lediglich mehrheitsfähig und regierungsfähig sein müssen, hat die SPD einem dreifachen Anspruch gerecht zu werden: sie muß reformfähig und mehrheitsfähig und regierungsfähig gleichzeitig sein. Die SPD muß erkennen, daß es immer wieder in der Geschichte Zeiten nur begrenzter Reformmöglichkeiten gegeben hat. Gegenwärtig wird in der Bevölkerung die Zustimmung zur Reform abhängig gemacht von einer Garantie der wirtschaftlichen, sozialen, inneren und äußeren Sicherheit.

Zur inneren Situation der SPD hat der fränkische Parteitag folgenden, von über 90 vH. der Delegierten gebilligten Entschluß gefaßt. "Die innenparteiliche Diskussion muß offen und mit der in unserer Partei geübten breiten Toleranz geführt werden. Sie muß sich an der Klarheit des äußeren Erscheinungsbildes der SPD orientieren. Toleranz endet dort, wo die Geschlossenheit der Partei nach außen mißachtet und die Stoßkraft der Partei in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner geschwächt wird. Die Mehrheitsbeschlüsse der Gliederungen sind allein die Grundlage der Öffentlichkeitsarbeit. In diesem Zusammenhang billigt der Parteitag den Antrag des Bezirksvorstandes im Statutenverfahren; er begrüßt die Ent-

scheidung der Bundesschiedskommission als Beitrag zur Klärung der innerparteilichen Situation." In der politischen EntschlieÙung erklärten die Delegierten: "Bundeskanzler Helmut Schmidt hat Anspruch auf die ungeteilte Solidarität der ganzen Partei. Nur so kann er für unser Land, kann er für die Sozialdemokratie das Beste leisten."

Zur Wirtschaftspolitik hat der Parteitag erklärt: "Hauptaufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Sicherung der Arbeitsplätze, ohne die Stabilisierung des Preisniveaus zu gefährden. Vollbeschäftigung und Stabilisierung des Preisniveaus sind nicht nur kurzfristige Ziele, alle wirtschaftlichen Maßnahmen müssen so abgestimmt sein, daß beide Ziele auf Dauer erreicht werden können. Die SPD lehnt deshalb die Forderung aus dem Ausland nach Anpassung der deutschen Preissteigerung an die hohen ausländischen Inflationsraten ab, weil das eine Anpassung der Arbeitslosenquote an die viel höheren Arbeitslosenzahlen in anderen Staaten zur Folge hätte."

Folgende wirtschaftspolitische Ziele müssen angestrebt werden: 1/ Eine Lockerung der Geld- und Kreditpolitik durch die Deutsche Bundesbank mit dem Ziel einer Zins- und Kostensenkung für die Wirtschaft. 2/ Bei der Entscheidung über die Verteilung des Sozialprodukts muß ein ausreichender Anteil für Investitionen zur Verfügung stehen, sowohl bei Bund, Ländern und Gemeinden als auch in der privaten Wirtschaft. Nur durch Investitionen können Arbeitsplätze geschaffen werden, nur durch Investitionen ist eine Steigerung der Produktivität und als deren Folge eine Anhebung der realen Einkommen möglich. 3/ Internationale Zusammenarbeit in der Energiepolitik und zur Finanzierung der Zahlungsbilanzdefizite vieler Staaten, um deren Zahlungsunfähigkeit abzuwenden und eine Beeinträchtigung des Welthandels zu vermeiden.

4/ Nach den internationalen Konferenzen Anfang Dezember sind von der Bundesregierung unverzüglich Entscheidungen darüber zu treffen, welche haushalts- oder steuerpolitischen Instrumente zur Stabilität der Beschäftigung eingesetzt werden sollen. Vollbeschäftigung hat Vorrang vor allen anderen Zielen. Sie ist auf Dauer aber nur bei möglichst stabilen Preisen zu erreichen. Um dieses Ziel nicht zu gefährden, müssen Ansprüche an das Sozialprodukt auf das ökonomisch Mögliche konzentriert werden. Sobald

sich die Wirtschaftsentwicklung wieder normalisiert, können zusätzliche öffentliche Leistungen und reale Einkommensteigerungen wieder finanziert werden."

Zur Reformpolitik hat der Bamberger Parteitag festgestellt: "Sozialdemokratische Reformpolitik wird innerhalb des finanziell gesetzten Rahmens fortgesetzt. Vier Aufgaben haben in dieser Legislaturperiode Vorrang: 1/ Die gleichberechtigte Teilnahme der Arbeitnehmer in den Großunternehmen durch paritätische Mitbestimmung; 2/ mehr Chancengleichheit durch Verbesserung der beruflichen Bildung; 3/ die Reform des Bodenrechts; 4/ die gesetzliche Sicherung der Unverfallbarkeit der betrieblichen Altersversorgung. Sie soll noch in diesem Jahr im Deutschen Bundestag beschlossen werden. Die Durchsetzung vor allem dieser vier Reformen ist die entscheidende Bewährungsprobe der Koalition. Die Koalitionspartner SPD und FDP müssen durch faire Zusammenarbeit die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das Bündnis auch über das Jahr 1976 hinaus fortgesetzt werden kann."

Die Bundestagsfraktion wurde vom Bamberger Parteitag aufgefordert, ein Wahlkampfkostenbegrenzungsgesetz zu erarbeiten und dem Bundestag vorzulegen.

In Beschlüssen zur Organisationsarbeit wurden in 16 Punkten Pflichtaufgaben für die 750 Ortsvereine und deren Vorstände festgelegt. Die Betriebsarbeit soll wesentlich verstärkt werden. Zum erstenmal wurden auch organisatorische Zusammenschlüsse der Kommunalpolitiker im Bereich der Planungsregionen als Ergänzung der Bezirkssatzung beschlossen. Zugleich ergingen Richtlinien für die kommunalpolitische Arbeit, besonders für die Öffentlichkeitsarbeit der Kommunalpolitik, für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen sowie für die Stellung der kommunalen Mandatsträger in der Partei.

(-/3.12.1974/bgy/pr)

+ + +

Mit Atomhysterie ist niemandem gedient

Am Bau von Kernkraftwerken führt kein Weg vorbei

Von Gerhard Flämig MdB

Mitglied des Ausschusses für Forschung, Technologie und Energie
des Europäischen Parlaments

Allen Protestaktionen der "Umweltschützer" in Südbaden zum Trotz wird das 1.300-Megawatt-Kernkraftwerk Wyhl gebaut. Die zuständigen Landesbehörden erteilten die Genehmigung, nachdem detaillierte Gutachten ergaben, daß der geplante Atomreaktor "weder beim Normalbetrieb noch bei einem Störfall die Umwelt gefährde, und daß auch der Betrieb der in Wyhl geplanten Kühltürme sich nicht negativ auf das Klima ausweiten werde".

Dieser Beschluß der baden-württembergischen Landesregierung hat Signalwirkung. Jahrelang dauerte das Ringen der Kernkraftwerksgegner am Oberrhein mit den Kernkraftwerksbefürwortern. Nicht nur die Fachwelt, auch weite Kreise der deutschen, französischen und schweizerischen Öffentlichkeit verfolgten gespannt das Pro und Contra. Die ersten Runden schienen an die Gegner zu gehen. Kaiserstühler Winzer erreichten mit massiven Protesten gegen zukünftige Kühlturm-Nebelschwaden, die die Sonne verhüllen und den Wein sauer bleiben lassen könnten, daß ein anderer, von den Hängen des Kaiserstuhls entfernterer Kraftwerksstandort gesucht werden mußte.

Dann aber kam die Energiekrise. Die Bundesregierung verkündete ihr revidiertes Energieprogramm, das als Alternative zur teuer gewordenen Energiequelle Rohöl die verstärkte Förderung von Kohle und bis 1985 den Bau von rund 50 Kernkraftwerken vorsieht. Die Gegner konterten mit der Parole "lieber freiwillige Einschränkung des Stromverbrauchs als Umweltgefährdung durch riesige Kraftwerke" (wobei sich herumgesprochen hatte, daß auch viele Kohlekraftwerke Kühltürme benötigen). Doch diese Parole hatte keine durchschlagende Wirkung. Elektrizitätswerksdirektoren hatten nämlich schlau nachgewiesen, daß selbst der private Stromverbrauch führender Protestler sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelte.

Zuviel hängt heute von der Elektrizität ab, als daß man es wagen könnte, die Garantie einer jederzeit gesicherten Stromversorgung auf

Spiel zu setzen. Die Genehmigungsbehörden hatten also abzuwägen: größtmögliche Sicherheit der Energieversorgung oder absolute Sicherheit gegen Umweltgefahren. Wie problematisch beides ist, wurde durch einen Bericht des Bundesinnenministers über Reaktorsicherheit und Strahlenschutz deutlich: Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. Ein Restrisiko bleibt!

Wer im Fall des Falles lieber kalt und dunkel sitzen, auf Staubsauger und Kühltruhe verzichten und kein Restrisiko eingehen will, der muß sich eine Studie vorhalten lassen, die kürzlich eine Kommission von 60 amerikanischen Wissenschaftlern unter Leitung von Prof. C. Rasmussen vom Department für Kerntechnik am renommierten Massachusetts Institute of Technology veröffentlichte. Mit Mathematik und Wahrscheinlichkeitsrechnung ermittelten die Fachleute, daß die Gefährdung durch alltägliche Unfallursachen 10.000 mal größer ist als durch Kernkraftwerke. Mehrfache, voneinander unabhängige Sicherheitsvorrichtungen an Kernreaktoren sorgten dafür, daß das Risiko einer Kernkraftwerkakatastrophe vergleichbar sei mit dem Risiko, daß ein riesiger Meteorit auf eine größere Stadt falle. Die Zeitspanne, in der eine solche Katastrophe auftreten und 1.000 Menschen töten würde, betrage etwa eine Million Jahre. Die Rasmussen-Studie vergleicht demgegenüber das Risiko durch Erdbeben, die einmal alle 50 Jahre, und durch Tornados, die einmal alle 25 Jahre so viele Tote fordern. Und weiter: "In den USA dürften im Jahre 1980 etwa 15 Millionen Menschen im Umkreis von 32 Kilometern um ein Kernkraftwerk wohnen. Nach der Statistik erleiden jene 15 Millionen Menschen pro Jahr 4.200 tödliche Autounfälle, 560 tödliche Unfälle durch Brände, acht durch Blitzschlag - aber höchstens 0,3 durch Kernreaktoren."

Nun läßt sich bekanntlich mit Statistiken fast alles beweisen und auch fast alles widerlegen. Vor Leichtsinn beim Umgang mit Kernenergie muß deshalb gewarnt werden. So gehören z.B. Wiederaufarbeitungsanlagen für ausgebrannte Kern-Brennelemente schon wegen der z.T. giftigen und hoch radioaktiven Abfälle, die dabei entstehen, nicht in die Nähe von Ansiedlungen. Auch Lagerstätten für Plutonium und für hoch radioaktiven Müll sollte man tunlichst dort anlegen, wo möglichst wenige Menschen gefährdet werden und wo im Katastrophenfall eine Evakuierung leicht möglich ist. Und Kernkraftwerke sollten unter allen Umständen so konstruiert werden, daß Sicherheit vor Unfällen Vorrang hat vor der Verfügbarkeit des Kraftwerks. Wenn fest steht, daß Hochtemperatur-Reaktoren eine weit größere inhärente Sicherheit haben als beispielsweise "Schnelle Brüter", dann sollte alles getan werden, um zunächst Hochtemperatur-Reaktoren einschließlich des benötigten Brennstoffkreislaufs zu entwickeln.

Im Übrigen aber muß vor einer Atomhysterie gewarnt werden. Bundesforschungsminister Hans Matthöfer wies in der Energieledebatte des Bundestages darauf hin, daß uns gar keine andere Wahl bleibt, als jenes Restrisiko auf uns zu nehmen: Sonnenenergie, Erdwärme, Kernfusion - all das seien Alternativen, aber leider nicht für die nächsten 30 Jahre. Um diesen Zeitraum aber geht es bei den Beschlüssen, die Bund und Länder in unseren Tagen zu fällen haben.

(-/ 3.12.1974/ks/pr)

+ + +

Was sagt eigentlich Hildegard Hamm-Brücher?

Anmerkungen zu den Koalitionsproblemen in Hessen

Von Rudi Walther MdB

Mitglied des Landesvorstandes der hessischen SPD

Die hessischen Koalitionsverhandlungen sind festgefahren, weil die FDP den Kopf des Kultusministers Ludwig von Friedeburg fordert. Deshalb muß erlaubt sein, daran zu erinnern, daß die Konzeption der neuen hessischen Bildungspolitik seinerzeit gelegt wurde, als die stellv. Bundesvorsitzende der FDP, Hildegard Hamm-Brücher, Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium war. Sie hat in völliger Übereinstimmung mit Minister von Friedeburg vor allem die von der CDU bekämpfte Gesamtschulkonzeption erarbeitet.

Ich erinnere mich, als Mitglied des Kreistages Kassel-Land, nach daran, mit welcher Vehemenz die damalige Staatssekretärin vor dem Kasseler Kreistag diese Konzeption vertreten und die Kreiskörperschaften zu einem groß angelegten Flächenversuch mit der Gesamtschule bewogen hat. Im Landkreis Kassel werden in Kürze die letzten Gesamtschulen fertiggestellt. Nach dem bekanntgewordenen Willen der hessischen FDP sollen anscheinend diese neu erbauten Schulen auf einmal keine Gesamtschulen im Sinne der damaligen Staatssekretärin mehr sein dürfen.

Wenn sich schon der FDP-Generalsekretär Bangemann, der sich seit seiner Wahl offenbar darum bemüht, auch den Rechten in seiner Partei zu gefallen, als Bundespolitiker äußert, darf man sicherlich auch erwarten, daß sich die stellv. Bundesvorsitzende seiner Partei meldet; nicht, um Ludwig von Friedeburg einen Gefallen zu tun, sondern um vor allem die von ihr mitkonzipierte Politik zu retten. Schließlich kommt es nicht von ungefähr, daß Hessen fast auf allen Gebieten der Bildungspolitik einen deutlichen Vorsprung vor den anderen Bundesländern besitzt.

Zugegeben: Die Art und Weise, wie manche der hessischen Rahmenrichtlinien zustande gekommen sind und in welcher unverständlichen Sprache sie geschrieben wurden, muß als Panne bezeichnet werden. Das ist bereits oder wird auch repariert. Dies ändert aber nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit der hessischen Bildungspolitik. Die hessische FDP liegt schief, wenn sie ihr unbefriedigendes Wahlergebnis dem Kultusminister von Friedeburg anlasten will. Sie muß sich schon die Mühe machen, ihre eigene Attraktivität zu analysieren. Schließlich war ja auch nicht alles glänzendes Gold, was aus dem hessischen Wirtschaftsministerium kam.

(-/3. 12. 1974/bqy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller